

Düsseldorf, 21. 5. 63

Liebe Freunde,

Leider war es mir nicht möglich, der Einladung Heinz-Gerhard Oelmanns zur Vorstandssitzung am 12. Mai in Göttingen zu folgen. Aber ich hatte fest darauf vertraut, daß der Vorstand bei seinen für den deutschen Zweig grundsätzlichen und lebenswichtigen Beschlüssen vom 30. / 31. 3. bleiben würde. Wie ich erkennen muß, ist dieses Vertrauen gründlich getäuscht worden.

Dank schlechter Organisation, die meines Erachtens zu Lasten des Vorstandes geht, befinde ich mich, wie alle deutschen Mitglieder, zur Stunde noch immer ohne Bericht von der Jahresversammlung in Frankfurt, die bereits mehr als zwei Monate zurückliegt. Daher kann ich nicht feststellen, ob und was dort offiziell zum möglichen Lager in Potsdam besprochen und beschlossen wurde.

Jedenfalls bejahte ich die Vorstandsbeschlüsse vom 30. / 31. 3. voll und ganz, in der Überzeugung, daß wir als deutscher Zweig in der gegenwärtigen Situation an keinem Dienst teilnehmen wollen, in dem die FDJ unser einziger Partner ist. Im Gegensatz zu allen anderen Zweigen haben wir ja vor Augen, wie noch allwöchentlich deutsche Bürger der DDR ihr Leben bei einer Flucht riskieren, aus einem Staat, zu dessen wesentlichen Exponenten die FDJ gehört, und der deutsch und Bestandteil unseres deutschen Landes (um nicht zu sagen Vaterlandes) ist. Es ist daher allein unsere Entscheidung, ob wir daran teilnehmen wollen oder nicht. Dazu kann uns kein IC verpflichten, auch wenn die IC-Mitglieder, die ohnehin voll Ressentiments gegen uns Deutsche sind (das muß leider einmal deutlich gesagt werden !), in Scharen anreisen.

Mit dieser Entscheidung stehen wir auch im öffentlichen Leben — das eine IZD-Mitglied mehr als das andere — in welchem wir die Tätigkeit des IZD und SCI laufend zu interpretieren haben.

Daß eine andersartige Entscheidung unsererseits den Wegfall der Bundesjugendplan-Gelder oder der Anerkennung als Ersatzdienst-Trägerorganisation bedeuten würde, ist dabei von zweitrangiger Bedeutung. (Falls Ihr es vergessen habt, ich erinnere mich noch ganz gut, daß unsere ersten Sammelaktionen und Vorträge zugunsten der algerischen Flüchtlinge uns keineswegs offizielles Lob eintrugen, sondern uns sogar zum Teil mißliebig machten, weil "man" über Algerien nicht sprach. Das hat uns keineswegs gestört, da wir von der Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Aktion überzeugt waren!)

Entscheidend ist und bleibt, was wir als deutscher Zweig wollen — um dieses Wissen scheint die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder offensichtlich (durch Rogers und Chris') seltsame Intervention in Göttingen gebracht worden zu sein !

Mit aller Deutlichkeit sei es gesagt : ich finde es erbärmlich, die Entscheidung über eine Teilnahme einem westdeutschen Ministerium zuzuschieben, das ich sonst in unseren Kreisen noch nie als unsere Gewissensinstanz habe anpreisen hören ! Ich schäme mich für die Mitglieder des Vorstandes, denen wir diesen traurigen Beschluß zu verdanken haben !

Hat denn keiner gemerkt, wie lächerlich wir nun vor dem IC dastehen ? Nun hat der deutsche Vorstand den Vorwurf prompt bewiesen, daß wir uns "dem deutschen Staat verkaufen", indem wir ihm unsere Entscheidung zuschieben. Gesetzt den Fall, das Ministerium überläßt uns die Entscheidung, um dann aus dieser Entscheidung seinerseits Konsequenzen uns gegenüber zu ziehen. Was dann ? Dann müßt Ihr entgegen den Beschlüssen "Beobachter" entsenden ! Was für eine neue Kategorie Teilnehmer an einem SCI-Lager ist das? Sie beobachten die anderen beim Arbeiten? Welch sinnlose Wortklauberei für normale Lagerteilnehmer ?

Mir aber ist die beabsichtigte Anfrage in Bonn auch für unser mühsam errungenes bißchen Ansehen in der Öffentlichkeit sehr peinlich. Es wird in jedem Fall durchsickern, daß der IZD bereit ist, Mitglieder nach Potsdam zu entsenden. Ich wäre nicht in der Lage, das in irgend einer Weise zu motivieren, falls man mich danach fragte. Und bei all den Kontakten, die wir hier aufbauen, kann das leicht geschehen.

Deshalb bin ich an dem Punkt angelangt, an dem ich meine weitere Mitgliedschaft und Mitarbeit im IZD ernsthaft überprüfe, da ich mich nicht mit dem unverantwortlichen Verhalten des Vorstandes in einer Lebensfrage unseres Zweiges — gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und dem IC — identifizieren kann und will.

Mit all den nichtsahnenden Mitgliedern des deutschen Zweiges fühle ich mich ungefragt in eine politisch höchst diffizile Lage gebracht. Meines Erachtens ist die Heimlichkeit, mit der der Vorstand in diesen Fragen entscheidet, mit unseren Grundsätzen unvereinbar.

Die Aufgabe, das Problem für die Mitglieder im Mitteilungsblatt zur Diskussion zu stellen, übernimmt bereits ein nach den Beschlüssen vom 30. / 31. März und vor der letzten Göttinger Sitzung verfaßter Beitrag des Ersatzdienstlers und IZD-Mitglieds Borvin Wulf (Hamburg), der mir für das nächste Mitteilungsblatt (Juni) vorliegt. Ihm sind offensichtlich (ich weiß nicht aus welcher Quelle) die Beschlüsse vom 30. / 31. 3. bekannt, und bei seinen von einem anderen Ersatzdienstler bestätigten pro-kommunistischen (*Ansichten*) ist er keineswegs mit den Beschlüssen einverstanden (Borvin hat übrigens in Lilienthal weit mehr Propaganda für die DFU gemacht, als ihm als Ersatzdienstler erlaubt ist und uns zuträglich sein dürfte). Er schreibt unter anderem : "... Als die Bundesregierung von dem vorgenannten Beschluß erfuhr, drohte sie, dem IZD die Bundesjugendplanmittel zu sperren und dem IZD die Genehmigung zu entziehen, Trägerorganisation für den zivilen Ersatzdienst weiterhin zu sein. Gewiß, das war ein starkes Geschütz und mußte zu ernsthafter Bestandsaufnahme führen. Wir wissen alle, daß die Arbeit des IZD mit den Mitteln des BJP steht und fällt; aber das Dilemma ist, weichen wir ewig solchen erpresserischen Manövern unserer Regierung, lassen wir uns vor den Karren des Kalten Krieges spannen? Und werden wir damit unserer Zielsetzung gerecht? ..."

Dieser Beitrag erfordert es, daß ich im gleichen MB (Juni) als Herausgeberin eine grundsätzliche Stellungnahme dazu abgebe, um deutlich zu machen, daß wir als Organisation uns von solchen Vorstellungen distanzieren. Das ganze scheint mir auf eine Zerreißprobe für unseren Zweig hinauszulaufen !

Da mich die Sorge um den Fortgang unserer Arbeit zu der in diesem Brief geäußerten Kritik veranlaßt hat, sei abschließend ein Vorschlag erlaubt, den ich nicht als Einmischung in die Zuständigkeit des Vorstandes zu betrachten bitte. Ich meine : wenn schon die Anfrage an das zuständige Bundesministerium nicht vermieden wurde, sollte der Vorstand sie jetzt jedenfalls so abfassen, daß das Ministerium sich zum Problem positiv oder negativ äußern muß, nicht aber die Entscheidung in scheinbarer Liberalität uns überläßt, um nachher den deutschen Zweig für seine Entscheidung zu bestrafen. Die Anfrage sollte daher klar enthalten, daß das IC dem deutschen Zweig vorgeschlagen hat, Beobachter zu entsenden. Alle Formulierungen, die auch nur andeuten könnten, daß wir beabsichtigen, Beobachter zu entsenden, sind meines Erachtens zu vermeiden. Ich schlage vor, die Anfrage in ihrem Kern in eine direkte Frage zu kleiden, etwa folgenden Inhalts : Ist es mit der staatsbürgerlichen Verantwortung und Verfassungstreue des deutschen Zweiges des SCI vereinbar, zwei Beobachter in ein, vom IC gemeinsam mit der FDJ veranstaltetes Arbeitslager zu entsenden, wie dies vom IC vorgeschlagen wurde ?

Amitié

Uschi Mähler

Verteiler :

Vorstandsmitglieder
Alfred Knaus
Hans-Ulrich Smoltczyk
Hans Flottau